

# Zeichen der Stärke



Dubai Der Wirtschaftsboom lockt Unternehmen und Expatriates aus aller Welt

László Kovacs ist derzeit Vielflieger auf der Asienroute. Der EU-Steuerkommissar und ehemalige ungarische Außenminister will hochrangigen Beamten aus Hongkong, Singapur und Macao eine zusätzliche Steuer abringen. Die dort sitzenden Banken sollen künftig 15 Prozent von allem nach Europa überweisen, was Sparer aus der Europäischen Union dort an Zinsen kassieren. Dieses Zugeständnis haben sich schließlich auch die Schweiz und Liechtenstein entlocken lassen, seit im Juli 2005 in Europa der Startschuss für die EU-Zinssteuer fiel. Kovacs' finsterer Verdacht: Viele Steuerflüchtlinge aus der Alten Welt haben längst ihr Erspartes in den Fernen Osten geschafft, um unbehelligt vom Fiskus Gewinne zu kassieren. Seine Mission: Schlupfloch schließen, aber schnell.

Doch schnelle Erfolge sind unwahrscheinlich. „In Asien ist es für die EU wesentlich schwieriger, politischen Druck auszuüben“, sagt Jens Wolff, Steueranwalt in der Kanzlei Holthausen & Partner in Köln. Besonders knifflig dürfte es seiner Meinung nach werden, das für sein strenges Bankgeheimnis bekannte Singapur ins Boot zu holen. Selbst das Bundesfinanzministerium räumt ein, dass „rasche Lösungen nicht zu erwarten“ sind. Kovacs will sich durchbei-

ßen: Offizielle in Hongkong hätten beispielsweise „offen“ auf sein Ansinnen reagiert, pfeift er im Walde.

Sollten Asiens Steueroasen tatsächlich die Quellensteuer für europäische Anleger einführen – es wäre kein Zeichen von Schwäche, sondern von Stärke. Denn die Staaten sind beileibe nicht auf Schwarzgeld aus Europa angewiesen. Gerade nach Dubai, Hongkong oder Singapur kommen Investoren längst wegen hochattraktiver Steuer- und Rechtssysteme und nicht wegen des strengen Bankgeheimnisses.

**Dubai.** Das Emirat am Golf ist das jüngste Steuerparadies. Die boomende Wirtschaft lockt Unternehmen aus aller Welt – und mit

## Traumhaftes Netto

So viel bleibt einem Arbeitnehmer in asiatischen Staaten nach der Steuer (Beispielrechnung: Jahresverdienst von 91 000 US-Dollar)

	Nettogehalt (in Prozent vom Brutto)	
	Ledig	Verheiratet
Dubai	95,0	95,0
Hongkong	85,8	88,5
Singapur	83,6	83,9
zum Vergleich: Deutschland	54,3	64,3

Quelle: Mercer

ihnen Tausende ausländische Manager. Laut Statistischem Bundesamt sind 2006 allein 1144 Deutsche in die Vereinigten Arabischen Emirate komplett ausgewandert, der Großteil davon nach Dubai. Damit sind die Emirate hinter China die zweitbeliebteste Destination deutscher Auswanderer in Asien.

Die Neuankömmlinge genießen in Dubai nahezu unschlagbare Steuervorteile: Eine Einkommensteuer gibt es nicht, und die Sozialabgaben sind niedrig. Einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung Mercer zufolge landen stolze 95 Prozent des Bruttogehalts in den Taschen der Arbeitnehmer – egal, ob sie ledig oder verheiratet sind. In Deutschland sind es bei Ledigen gerade mal 54,3 und bei Verheirateten 64,3 Prozent (siehe Tabelle unten). Die hohen Nettolöhne ködern vor allem junge, ungebundene Manager, nach Dubai aufzubrechen, sagt Mercers Dubai-Chef Marcus Wiesner. Expatriates könnten mit dem Ersparten aus „drei bis fünf Jahren Arbeit“ in der deutschen Heimat ein Haus bauen.

Bis dahin müssen sie aber auch vor Ort in Dubai wohnen, sonst vermässelt der deutsche Fiskus die schönsten Pläne. So verdonnerte das Finanzgericht Baden-Württemberg Ende 2006 einen Piloten dazu, weiter die hiesigen Steuern zu zahlen (7 K 211/03). Der Mann hatte sich zwar ein Apartment in Dubai gekauft. Die Richter rügten aber, er habe seinen Wohnsitz in Deutschland nur zum Schein aufgegeben, indem er seiner Lebensgefährtin den Anteil an der gemeinsamen Wohnung übertrug. In Wahrheit sei er weiter meist bei der Liebsten und nicht in Dubai gewesen. Ein wichtiges Indiz dafür: Sein erster Flug zum Dienstantritt startete immer von Frankfurt.

Besser haben es derzeit noch Konzernmanager, die regelmäßig eine Niederlassung in Dubai oder den anderen Emiraten besuchen. Sie können trotz Wohnsitz in der Heimat von der Steuerfreiheit profitieren, wenn sie nicht nur mit der deutschen Mutter, sondern auch mit der Unternehmensechter einen Arbeitsvertrag abschließen. Für das dort kassierte Gehalt gelten dann die Dubai-Regeln. Noch, denn Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat das Steuerabkommen mit den Emiraten zum 9. August 2008 gekündigt; die neue Variante, über die derzeit verhandelt wird, dürfte kei-

FOTO: LAIF

## Geld statt Öl

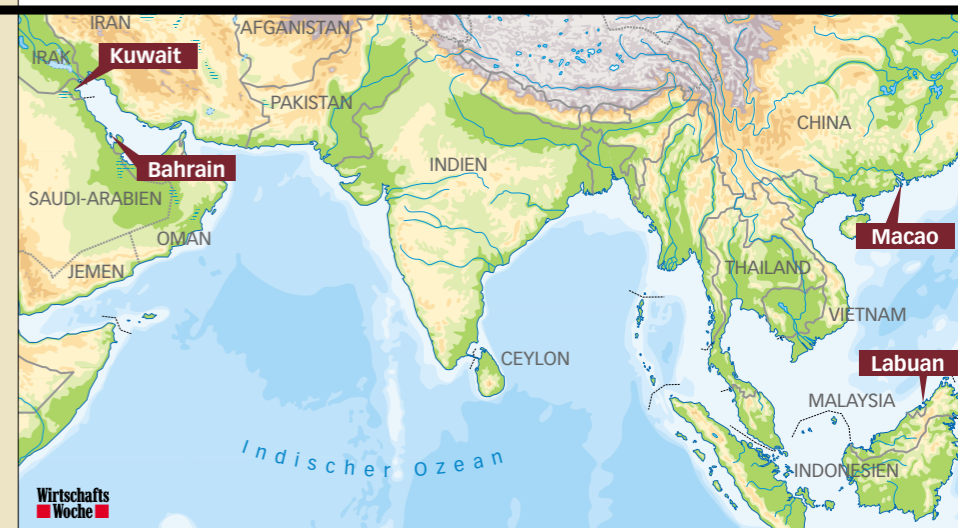
Auch die **zweite Reihe** asiatischer Steuerparadiese ist einen Blick wert.

**Bahrain.** Die Werbetafel am Ende der Brücke, die das saudi-arabische Festland mit dem Inselstaat Bahrain verbindet, spricht für sich: „Hier beginnt der Spaß.“ Bahrain präsentiert sich als weltoffenes Land und will auf diese Weise Investoren anlocken. Der Grund für dieses Standortmarketing: Die Ölquellen drohen im Jahr 2015 zu versiegen. Bis dahin ist es nicht mehr weit, folglich muss die Abhängigkeit vom Öl zügig sinken. Die Herrscherfamilie deklarierte drum die Finanzbranche zur neuen Säule des Wohlstands: Inzwischen wird bereits ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts mit anderer Leute Geld erwirtschaftet, nur noch ein Zehntel fließt aus dem Ölgeschäft. Die steuerlichen Bedingungen für Finanzdienstleister und ihre Mitarbeiter sind kaum zu schlagen: Bahrain existiert ohne Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer gilt nur für Ölfirmen. Da dürften die im Sommer eingeführten einprozentigen Sozialabgaben zu verschmerzen sein.

**Kuwait.** Steuerfreiheit genießen Privatleute auch dort, allerdings sind Aufenthaltsgenehmigungen schwer zu bekommen. Im vergangenen Jahr hat der Golfstaat eine Gewinnsteuer für alle Unternehmen beschlossen. Steuersatz: ein Prozent.

**Labuan.** Die frühere Pirateninsel, die vor der Küste Borneos liegt und zu Malaysia gehört, ist eines der am schnellsten wachsenden Offshore-Zentren der Welt. Seit 2002 ist die Zahl der im „International Financial Offshore Center“ gemeldeten Unternehmen von 486 auf mehr als 5500 gestiegen. Ausländische Offshore-Gesellschaften genießen erhebliche Privilegien, für andere Unternehmen und Privatleute ist die Insel weniger paradiesisch: Die Körperschaftsteuer liegt bei 26 Prozent, die Einkommensteuer hat einen Spitzensatz von 28 Prozent.

**Macao.** Der ehemalige portugiesische Handelsstützpunkt gehört wie das 70 Kilometer entfernte Hongkong inzwischen zu China. Bis 2049 ist dem Spielerparadies ein hohes Maß an Autonomie garantiert – dazu gehört auch das Recht auf ein eigenes Steuersystem. Derzeit beträgt der Spitzensteuersatz 15 Prozent. Für Geldwäscher und Steuerbetrüger wird das Klima im Paradies rauer: Neue Regeln zwingen die Banken endlich, „die Identität ihrer Kunden zu prüfen“, lobte die OECD im Oktober.



ne Steuerfreistellung für Einkünfte in Dubai mehr vorsehen.

**Hongkong.** Befürchtungen, die ehemalige britische Kolonie würde nach der Rückgabe an China steuerlich unattraktiver werden, haben sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil: Die Abgaben sinken weiter. In diesem Jahr wurde der Spitzensatz der Einkommensteuer von 19 auf 17 Prozent reduziert. Der Mercer-Studie über Steuersätze zufolge bleiben in Hongkong von einem 91 000-Dollar-Bruttogehalt 85,8 Prozent übrig (siehe Tabelle links). Zinsen oder Dividenden können ansässige Anleger gar komplett steuerfrei einstreichen. Im Oktober hat Verwaltungschef Donald Tsang angesichts eines überraschend hohen Budgetüberschusses weitere Bonbons für Privatleute angekündigt. Eines bekommen auch Unternehmer: Die Gewinnsteuer soll von 17,5 auf 16,5 Prozent fallen.

**Singapur.** Der Inselstaat in Südostasien gilt als „asiatische Schweiz“ – und macht diesem Namen alle Ehre. Nach Angaben der Zentralbank sind in Singapur 108 Geschäftsbanken und 49 Investmentbanken aktiv, um Investoren buhlen noch weitere 178 lizenzierte Finanzdienstleister. Die Finanzbranche wird subventioniert, und auch sonst ist das Abgabeklima mild: Die Körperschaftsteuer beträgt nur noch 18 statt wie bis zum vergangenen Jahr 20 Prozent.

Nicht nur der niedrige Satz ist attraktiv: Der aktuellen Weltbank-Studie „Paying Taxes 2008“ zufolge bietet Singapur für Unternehmen nach den Malediven das transparenteste Abgabensystem der Welt – vor Hongkong und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Deutschland folgt abgeschlagen als 67. von 178 Ländern, knapp vor Bhutan.

Attraktive Angebote macht die Insel auch ausländischen Managern, die zeitwei-

se dort arbeiten: Bleiben sie nicht länger als 183 Tage im Staat, sind für die dortigen Einkünfte maximal 15 Prozent fällig; ist der Aufenthalt gar kürzer als 60 Tage, fordern die Behörden gar nichts. Der Clou: Wird das Geld nicht vom deutschen Arbeitgeber, sondern von einer Tochtergesellschaft in Singapur gezahlt, hat auch der deutsche Fiskus keinen Zugriff.

Aber auch für Bewohner des Stadtstaats und für Kapitalanleger ist Singapur günstig: Der Spitzensteuersatz ist 2007 von 21 auf 20 Prozent gesunken. Kapitaleinkünfte werden, wie in Hongkong, vom Staat nicht angetastet.

Kein Wunder, dass die EU in Singapur besonders viel Schwarzgeld aus Europa vermutet. Ein Indiz: Gerade Schweizer Banken wie Crédit Suisse oder UBS haben ihre Präsenz vor Ort massiv ausgebaut. Steuerfahnder argwöhnen, dass die Konten und Depots zahlreicher Kunden jetzt offiziell in den dortigen Niederlassungen stationiert sein könnten – während die Ansprechpartner der Kunden weiter bequem erreichbar in den Schweizer Filialen sitzen.

Wie viel Geld wirklich in den Fernen Osten geflossen ist, weiß niemand. Sicher ist aber: Bis hierhin reicht der Arm der europäischen Steuerbehörden nicht. Selbst wenn sie einem Hinterzieher auf die Schliche gekommen sind und gewichtige Indizien präsentieren können – Singapurs Banken halten dicht. Steueranwalt Wolff weiß: „Der Kleinstaat ist für seine unkooperative Haltung gegenüber ausländischen Steuerbehörden bekannt.“

EU-Kommissar Kovacs wird noch viel fliegen müssen. ■

daniel.schoenwitz@wiwo.de

## MEHR ZUM THEMA

■ C. Daggart/D. Schönwitz: „Steuerparadiese und wie man sie nutzt“. 5. Aufl. (November 2007), Schäffer-Poeschel Verlag, 253 Seiten, 89,95 €.